

Newsletter 11/2020

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen sowie über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren.

Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung!

Das Bündnis „AufRecht bestehen“ hatte für den 30./31. Oktober 2020 zu bundesweiten Aktionen aufgerufen. Gefordert werden armutsfeste Regelsätze und ein sofortiger Corona-Zuschlag für Hartz-IV-Leistungsberechtigte und Sozialhilfebeziehende.

Am 30. Oktober und am 6. November 2020 fanden in Ottensen Kundgebungen statt, zu denen Attac Hamburg und die Aktionsgruppe gegen Hartz IV und prekäre Arbeit aufgerufen hatten. Es wurden viele Gespräche mit Interessierten und Betroffenen geführt, [Flyer](#) verteilt und [Unterschriften](#) für eine merkliche Anhebung der Regelleistungen gesammelt.

Weitere Aktionen zum Thema sind geplant und werden rechtzeitig auf der Website von Attac Hamburg bekannt gemacht. Wir laden zur Teilnahme ein.

Außerdem laden wir dazu ein, über weitere Aktivitäten in den nächsten Wochen/Monaten gemeinsam zu beraten! E-Mails bitte an hamburg@attac.de senden.

Geschafft! Volksinitiativen waren erfolgreich

Am 19. Oktober 2020 wurden für die zwei Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden & Miete!“ jeweils mehr als 14.000 Unterschriften beim Senat abgegeben. Die Übergabe wurde von einer Kundgebung auf der Reesendammbrücke begleitet. Nun muss der Senat innerhalb eines Monats prüfen und mitteilen, ob die notwendigen 10.000 gültigen Unterschriften je Initiative vorliegen.

[Weitere Informationen](#)

Das Recht auf Wohnen und die Realität

„Anträge von CDU und Linken für mehr Hilfen für Obdachlose lehnte am Donnerstag der Sozialausschuss der Bürgerschaft ab. Nicht einmal der Vorschlag, Wohnungslosenhilfe und Verwaltung an einen Runden Tisch zu bringen, stieß auf Zustimmung.“ ([Hinz&Kunzt](#))

„Hamburg lässt wieder zwangsweise räumen“ ([Hinz&Kunzt](#))

„Zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie im Bereich des Wohnungswesens fordert Attac die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die folgenden Sofortmaßnahmen zu ergreifen.“ ([Attac Deutschland](#))

Attac Hamburg wird sich weiterhin für die Beseitigung der Wohnprobleme einsetzen.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jetzt verbindlich machen: Senat ruft Verfassungsgericht an

Die Volksinitiative für verbindliche Bürgerentscheide auf Bezirksebene, die von über 30 Organisationen und Gruppen, darunter Attac Hamburg, unterstützt wird, reichte am 1. Februar 2020 14.023 Unterschriften im Hamburger Rathaus ein. Der Senat erklärte die Volksinitiative am 25. Februar 2020 für zustande gekommen. Am 27. Mai 2020 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft, die Forderung der Volksinitiative nicht umzusetzen, woraufhin am 7. Juni 2020 die nächste Stufe des Abstimmungsprozesses, das Volksbegehren, angemeldet wurde. Am 17. Juli 2020 beantragte der Senat beim Hamburgischen Verfassungsgericht, das Volksbegehren nicht zu gestatten. Auf der [Website](#) der Volksinitiative heißt es in einer Mitteilung vom 9. Oktober 2020 dazu: „Zwar bekunden alle in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien stets, dass sie die Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Bezirken politisch anstreben – an einer wirklichen Umsetzung sind sie aber leider nicht interessiert. Das zeigt die Reaktion von Senat und Bürgerschaft in Hamburg auf unsere im Februar erfolgreich eingereichte Volksinitiative für die Verbindlichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Nach der Anhörung am 12. Mai 2020 in der Bürgerschaft folgte statt konstruktiver Verhandlungen eine Klage beim Hamburger Verfassungsgericht von Senat und Bürgerschaft gegen unser inzwischen angemeldetes Volksbegehren.“

Corona: die zweite Welle und die Situation der Held*innen

Die seit Monaten erwartete zweite Welle der Ausbreitung von SARS-CoV-2 rollt nun also über uns hinweg und die Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens werden wieder verschärft. Begründet werden die Maßnahmen erneut damit, dass die Fallzahlen rasant ansteigen, eine Abflachung der Kurve erreicht und eine Überlastung des Gesundheitssystems vermieden werden muss.

Man sollte meinen, dass genug Zeit dafür war, das Gesundheitssystem auf eine zweite (und dritte und ...) Welle vorzubereiten und die Krankenhäuser und Pflegeheime mit dem notwendigen Material auszustatten sowie deren Personal und die Patient*innen und Bewohner*innen entsprechend zu schützen. Doch wenig bis nichts davon ist geschehen. Noch immer gibt es keine obligatorischen regelmäßigen Testungen der Beschäftigten. Noch immer ist die Ausstattung mit Schutzkleidung in einzelnen Einrichtungen unzureichend. Noch immer herrscht Personalmangel. Noch immer sind die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten miserabel. Wenn sich daran nichts ändert, wird kaum jemand für den Pflegeberuf begeistert werden können. Da können die politisch Verantwortlichen noch so vollmundig Neueinstellungen ankündigen oder die Pflegekräfte mal wieder als Held*innen feiern.

Attac Hamburg hat, wie schon berichtet wurde, den Arbeitskampf der Kolleg*innen im öffentlichen Dienst unterstützt, zum Beispiel durch die Beteiligung an Kundgebungen und Demonstrationen am 28. September, 1. und 20. Oktober 2020. Bei der Kundgebung am 1. Oktober 2020 in Ottensen mit dem Schwerpunkt Gesundheitswesen war aus erster Hand zu hören, wie die Situation in den Krankenhäusern tatsächlich aussieht. Im Folgenden wird die Rede dokumentiert, die eine Gesundheits- und Krankenpflegerin während der Kundgebung gehalten hat.

Erst beklatscht, nun provoziert und verhöhnt?!

Wie Sie wahrscheinlich mitbekommen haben, fand am Montag der erste Warnstreik in dieser Tarifaueinandersetzung statt. Nach langer Zeit haben Pflegende in den Krankenhäusern wieder die Arbeit niedergelegt.

Ich möchte gerne etwas dazu sagen, was unser Hauptbeweggrund ist, gerade jetzt in den Streik zu treten. Natürlich streiken wir wie Beschäftigte anderer Branchen auch für mehr Gehalt, weil der Pflegeberuf hinsichtlich der harten körperlichen Arbeit und hinsichtlich der Verantwortung, die man trägt, gnadenlos unterbezahlt ist.

Natürlich ist eine angemessene Entlohnung längst überfällig – auch um den Beruf für zukünftige Auszubildende attraktiv zu machen. Aber der Hauptgrund, der die Pflegekräfte auf die Straße treibt, ist der ständige Personalnotstand, der nicht nur dem geschuldet ist, dass es zu wenige Pflegekräfte gibt.

Zur Wahrheit gehört leider auch, was die meisten ja nicht wissen, dass seit Einführung des Fallpauschalensystems und der damit verbundenen Privatisierung unseres Gesundheitswesens massiv Pflegestellen abgebaut wurden. Der Grund ist, dass Personalkosten immer der Gewinnmaximierung privater Klinikbetreiber im Wege stehen.

[Weiterlesen](#)

Freitag, 13. November 2020

Aktion gegen Arbeitsunrecht bei Starbucks

Wir – die Mitglieder der Aktionsgruppe gegen Hartz IV und prekäre Arbeit – beabsichtigen, am Freitag, den 13. November 2020, vor einer Starbucks-Filiale in der Innenstadt eine kleine Aktion zu machen (voraussichtlich am Rödingsmarkt, bitte die Hinweise auf der Website von Attac Hamburg beachten). Warum? Weil die prekären Arbeitsformen zunehmen und ebenfalls die Behinderungen einer Interessenvertretung der Beschäftigten (mehr Informationen dazu unten).

Diese Aktion ist für uns Bestandteil einer längeren Aktivität gegen prekäre Arbeit und Hartz IV und der Auftakt für eine gemeinsame konkrete Unterstützung von Starbucks-Beschäftigten (andere Gruppen sind auch am 13. November 2020 aktiv: Industrial Workers of the World – IWW – und Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland – ATIF Hamburg).

Würdet ihr mitmachen? Antworten bitte an hamburg@attac.de.

Ort: Starbucks-Filiale am Rödingsmarkt, Großer Burstah 50-52, 20457 Hamburg

Zeit: 14 bis 16 Uhr

Informationen der [Aktion gegen Arbeitsunrecht](#)

Samstag, 28. November 2020

Tag X: dezentrale Aktionen zum Auftakt der Rondenborg-Prozesse

Am Donnerstag, dem 3. Dezember 2020 beginnt vor dem Landgericht Hamburg ein Massenprozess gegen über 80 Personen, die im Juli 2017 gegen den G-20-Gipfel in Hamburg demonstrierten. Die Angeklagten gehörten zu einer Gruppe von etwa 200 Personen, die am 7. Juli 2020 auf dem Weg von einem Protestcamp im Volkspark in die City auf der Straße Rondenborg von einer Einheit der Bundespolizei angegriffen wurde. Zunächst wird gegen die fünf jüngsten Demonstrierenden verhandelt.

Den Angeklagten werden keine strafbaren Handlungen vorgeworfen, ihnen wird lediglich die Anwesenheit bei einer Demonstration zur Last gelegt, bei der es zu Straftaten gekommen sein soll. Diese schiere Anwesenheit soll als schwerer Landfriedensbruch bewertet werden. Verurteilungen würden die Versammlungsfreiheit massiv beeinträchtigen und Menschen von der Ausübung dieses Rechts abschrecken, wenn sie damit rechnen müssen, angeklagt zu werden, weil in ihrer Nähe – tatsächlich oder vermeintlich – Straftaten begangen wurden.

Die Kampagnengruppe „Gemeinschaftlicher Widerstand“ will dieser Entwicklung entgegentreten und ruft zu bundesweiten Aktionen und Demonstrationen Samstag vor

Prozessbeginn auf. Der [Aufruf](#) wird von über 100 Organisationen unterstützt, darunter Attac Hamburg. Über die Aktivitäten am Tag X in Hamburg wird rechtzeitig auf der Website von Attac Hamburg informiert.

Weitere Informationen

[Solidarität mit den G20-Angeklagten!](#) (Rote Hilfe)

[Die jüngsten Angeklagten zuerst](#) (junge Welt)

[Rondenborg-Prozess ohne Fabio V.](#) (taz)

[Kommst Du mit ins Gefahrengebiet? Hamburg: Gipfel der G20 7./8. Juli 2017](#) (labournet)

Atomwaffenverbotsvertrag kann in Kraft treten

Am 7. Juli 2017 wurde ein von den Vereinten Nationen ausgearbeiteter Vertrag, der Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen sowie die Drohung damit verbietet, mit 122 Stimmen angenommen. Damit der Vertrag in Kraft treten kann, muss er von 50 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Die Zahl wurde am 24. Oktober 2020 erreicht, als Honduras den Vertrag ratifizierte. Er tritt 90 Tage nach diesem Datum, also am 22. Januar 2021 in Kraft und wird damit bindendes Völkerrecht.

Weitere Informationen auf der Website von Attac Hamburg

[Es ist so weit: 50. Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot](#)

[Atomwaffen vernichten, Entspannungspolitik durchsetzen](#)

Gemeinnützigkeit: Bündnis stellt Forderungskatalog vor

Auf der Tagesordnung des Bundestags für Freitag, den 5. November 2020, stand ursprünglich die Beratung eines Jahressteuergesetzes 2020. Das Gesetz sieht unter anderem Änderungen der Abgabenordnung vor, die bekanntlich Regelungen zur Gemeinnützigkeit enthält. Der Tagesordnungspunkt wurde kurzfristig abgesetzt und soll etwa zwei Wochen später behandelt werden.

In den letzten Jahren wurde mehreren Organisationen die Gemeinnützigkeit aberkannt, unter anderem Attac und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (wir haben wiederholt darüber berichtet). Anderen Organisationen droht Ähnliches. Für Attac und viele andere ist das aktuelle Gemeinnützigkeitsrecht nicht mehr zeitgemäß. Außerdem bietet es einen weiten Auslegungsspielraum, wie an den unterschiedlichen Gerichtsurteilen im Fall Attac abzulesen ist. Deshalb fordern sie seine Modernisierung. Anlässlich der geplanten Verabschiedung des oben genannten Gesetzes haben Attac und zwölf weitere Organisationen einen Forderungskatalog zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts zusammengestellt, der folgende Kernpunkte enthält:

1. Ergänzung fehlender gemeinnütziger Zwecke
2. Neuauslegung des bestehenden gemeinnützigen Zwecks „politische Bildung“
3. Rechtssicherheit für politische Betätigung zur Verfolgung des eigenen Zwecks
4. Engagement über die eigenen Satzungszwecke hinaus
5. Streichung der Beweislastumkehr

Weitere Informationen

Alle Dörfer bleiben: Widerstand gegen Braunkohleabbau

Attac Hamburg unterstützt den Widerstand gegen die weiteren Zerstörungen durch den Abbau der Braunkohle im Rheinischen Revier und schließt sich der Erklärung des Bündnisses „Alle Dörfer bleiben!“ an.

„Wir vom Bündnis Alle Dörfer bleiben! setzen uns für den Erhalt der Dörfer ein, die von der Zerstörung für Braunkohle bedroht sind.“

„Für Menschen in mehr als einem Dutzend Dörfern steht ihre Zukunft auf der Kippe. Häuser, Kirchen, Wälder und fruchtbares Ackerland sollen Braunkohle-Tagebauen weichen. Dabei ist klar: die Energieerzeugung ist auch erneuerbar möglich und **ein Kohleausstieg unbedingt notwendig, um die 1,5°C-Grenze noch einzuhalten.** Einzig für die Wirtschaftsinteressen der großen Energiekonzerne RWE, LEAG und MIBRAG, die die Tagebaue in den drei deutschen Braunkohlerevieren betreiben, sollen die Dörfer zerstört werden und weitere 1.500 Menschen ihr Zuhause verlieren.

Wir stellen uns der Ungerechtigkeit in den Weg. Die vorläufige Rettung des Hambacher Waldes hat gezeigt, dass **wir als geeinte, vielfältige Bewegung stärker sind als die Konzernmächte und dass wir breiten Rückhalt aus der Bevölkerung erfahren.** Der lokale Widerstand in den Braunkohlerevieren hat neue Fahrt aufgenommen. Tausende Menschen aus der ganzen Welt kamen zu Camps im Rheinland und im Leipziger Land, um gegen Braunkohle und für den Erhalt der Dörfer zu protestieren. Zwangsumsiedlung, Kulturverlust, soziale Zermürbung und Klimazerstörung rücken ins Licht der Öffentlichkeit und eine wachsende Bewegung verspricht: Kein Dorf bleibt allein!

Weiterlesen

Neue Ausgabe von „Sand im Getriebe“

Die [Nummer 138](#) des internationalen deutschsprachigen Rundbriefs der Attac-Bewegung ist soeben erschienen. Sie trägt den Titel „Gesund LEBEN!“ und enthält unter anderem einige Artikel über das Gesundheitssystem und die Pharmaindustrie.

Mitmachen bei Attac Hamburg

Die verschiedenen Treffen von Attac Hamburg können im November 2020 nicht stattfinden, aber wir organisieren einzelne Aktionen. Wer sich beteiligen möchte, melde sich unter hamburg@attac.de.

+++++

Veranstaltungen anderer Organisationen

Mittwoch, 11. November 2020

Das Filmseminar gegen Austerität zeigt „Früchte des Zorns“

Spielfilm, Regie: J. Ford, USA 1940, 128 Minuten, deutsche Fassung

Einladung

Als John Steinbeck in den 1930er Jahren die Vorbereitungen seines epochalen Romans „Früchte des Zorns“ begann, notierte er: „Ich will ein Schandmal erschaffen für die geizigen Bastarde, die für das hier [die Große Depression und ihre Folgen] verantwortlich sind.“ Sein mit biblischen Motiven durchwobenes Werk ist ein literarisches Monument an die Humanität und Solidarität der Entrechteten und Unterdrückten, die in der schwersten Krise der Menschheit um das nackte Überleben, um Arbeit, Brot und Würde kämpfen.

[Weiterlesen](#)

Ort: Universität Hamburg, Anna-Siemsen-Hörsaal, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg

Zeit: 18 bis 22 Uhr

Eine Veranstaltung der Gruppe International solidarisch – Schluss mit Austerität

Freitag, 20. November 2020

Damals wie heute: Friedrich Engels und die Wohnungsfrage

Vortrag und Diskussion mit Michael Brie, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Andrej Holm, Stadtsoziologe, Wohnungs- und Mietexperte

an der Humboldt-Universität Berlin, Heike Sudmann, Vorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Moderation: Ines Schwerdtner, Chefredakteurin „Jacobin Magazin“

Einladung

Weg war sie nie, seit einigen Jahren steht sie aber wieder ganz oben auf der Tagesordnung: die Wohnungsfrage. Fast zwei Millionen bezahlbare Wohnungen fehlen in den Ballungszentren. Gleichzeitig müssen die Städte sich neu erfinden. Eine andere Symbiose von Leben und Erwerb, von Sozialem, Kultur und Wirtschaft ist zu entwickeln. Der ökologische Umbau und die Digitalisierung fordern einen tiefgreifenden Umbau. Fragen, die schon am Beginn des modernen Kapitalismus mit seiner Industrialisierung und Urbanisierung aufgeworfen wurden.

[Weiterlesen](#)

Ort: Tschaikowsky-Saal, Tschaikowskyplatz 2, 20355 Hamburg
Beginn: 19 Uhr

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg - <https://attac.hamburg> - E-Mail: hamburg@attac.de

Hinweis: Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.